

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Vielen Dank, Herr Abgeordneter Prof. Heuer. Ich bitte jetzt von der Fraktion der CDU/DA den Abgeordneten Herrn Jörg Brochnow, das Wort zu nehmen. - Entschuldigung, ich habe das nicht gesehen. Herr Prof. Heuer, gestatten Sie noch eine Anfrage?

Prof. Dr. Heuer (PDS):

Eigentlich wollte ich mich jetzt wieder hinsetzen.

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Gut. Tut mir leid.

Brochnow für die Fraktion der CDU/DA:

Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Das uns vorliegende Gesetz ist ein wichtiges Instrumentarium für die schon jetzt so offensichtlich dringendst notwendige Rechtsanpassung zur Errichtung der Währungs-, Wirtschafts- und Sozialunion mit der Bundesrepublik Deutschland. Die bestehende Gesetzlichkeit steht in maßgeblichen Positionen und Rechtsauffassungen im eklatanten Widerspruch zu bereits bestehenden Realitäten in der Noch-DDR. Da gibt es volle Ställe und leere Fleischerläden, volle Lager und leere Regale, kommunistische Betriebsdirektoren oder solche, die sich früher so dünkten, und Leiter, die Betriebe wie Karikaturen von Frühkapitalisten des 19. Jahrhunderts regieren. Da gibt es Millionen von Kolleginnen und Kollegen in den Betrieben, die deren Willkür schutzlos ausgesetzt sind, da Begriffe wie Montanmitbestimmung und Betriebsverfassung sowohl für die meisten Werkstätten in Betrieben wie auch für unsere bestehende Gesetzlichkeit noch exotische Termini sind.

Die CDU/DA-Fraktion dieses Hauses ist bekanntermaßen mit anderen Kolleginnen und Kollegen dieses Hauses der Auffassung, daß es ein bißchen soziale Marktwirtschaft nicht gibt. Plump, von Politikadern geführte, umweltzerstörerische und zentralistische Staatskartelle in Industrie, Handel und anderen Bereichen sind ein besonders schnell zu beseitigendes Grundübel der uns überlassenen sozialistischen Errungenschaften.

Die durch den § 14 vorliegende gesetzesmodifizierte Übernahme des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen ist uns deshalb genauso wichtig wie die Einführung des Gesetzes über die Deutsche Bundesbank und die anderen in diesem vorliegenden Mantelgesetz aufgeführten Teile bundesdeutschen Rechts.

Wir erahnen, meine Damen und Herren, den Arbeitsaufwand, der bei der Verifizierung des Staatsvertrages und bei der Überführung der bundesdeutschen Gesetzgebung in geltendes Recht der DDR auf uns Abgeordnete, vor allem die Juristen in der Wirtschaft und im praktischen Recht, die Kommunalpolitiker und eigentlich auf alle Bürger zukommt. Aber ein rechtsstaatliches System benötigt nun einmal rechtsstaatliche Gesetze, wo im Unrechtsstaate der große und geliebte Führer bestimmte. Ich denke, es kann und wird uns auch eine Genugtuung sein, durch Fundamentierung der Rechtsstaatlichkeit in diesem Teile Deutschlands saubere Verhältnisse zu schaffen. Möge die Zeit der Freislers und Hilde Benjamins durch unser Wirken in diesem Hohen Hause auf deutschem Boden für ewig der Vergangenheit angehören.

(Unruhe im Saal, erregte Zwischenrufe - Frau Wollenberger, Bündnis 90/Grüne: Das ist doch ein Hohn!)

Das zu beschließende Gesetz über die Inkraftsetzung von Rechtsvorschriften der Bundesrepublik Deutschland in der DDR ist sowohl in Hinsicht auf Artikel 4 des Staatsvertrages als auch für die dringendst notwendige Beseitigung bestehender Rechtsfreiräume, die Herstellung wettbewerblicher Wirtschaftsstrukturen und die Absicherung der Arbeitnehmer von großer Dringlichkeit.

Meine Damen und Herren! Ich wollte keinesfalls Juristen dieses Landes jetzt beleidigen mit dem Ausspruch.

(Zuruf: Freister hat Morde begangen. Das müßten Sie wissen! - Unruhe im Saal)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Ich möchte die Abgeordneten bitten!

Brochnow (CDU/DA):

Ich wollte mich jetzt insofern äußern, daß es also meine Absicht war, mit dem eben Gesagten zu dokumentieren, daß ich glaube, daß es für uns eine wichtige Aufgabe sein kann, einen Unrechtsstaat hier in Deutschland nicht wieder zuzulassen und Rechtsstaatlichkeit hier in diesem Hause mit den uns zur Verfügung stehenden Mitteln für Gesamtdeutschland zu sichern.

(Unruhe im Saal)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Prof. Dr. Luft (PDS):

Herr Abgeordneter! Können Sie sich meiner Meinung anschließen, daß, wenn wir nun schon bundesdeutsches Recht übernehmen und wir auch bundesdeutsche Politiker und Wirtschaftler herbeiholen, um dies umzusetzen, daß wir uns dann wenigstens auf solche Menschen orientieren sollten, die in ihrem eigenen Lande Erfolg hatten. Ich bin erstaunt über eine Meldung, die heute durch die Medien geht, daß Herr Friedrichs in seiner Funktion als Sanierer des Coop-Konzerns dazu nicht in der Lage gewesen ist, aber bei uns Leiter der Treuhandstelle werden soll, um eine ganze Wirtschaft zu sanieren. Ich kann mir das nicht vorstellen. Könnten Sie sich meiner Meinung anschließen, daß es gut wäre, hier Menschen auszusuchen, die in ihrem eigenen Lande erfolgreich gewesen sind?

Brochnow (CDU/DA):

Frau Abgeordnete! Weder die Person noch der Vorgang ist mir bekannt. Ich bedaure, Ihnen darauf jetzt nicht eine Antwort geben zu können.

(Zuruf: Das ist schlimm. Sie sollten mal Zeitung lesen!)

Präsidentin Dr. Bergmann-Pohl:

Herr Abgeordneter! Gestatten Sie noch eine weitere Anfrage?

Wollenberger (Bündnis 90/Grüne):

Herr Abgeordneter! Sind Sie wirklich der Meinung, daß wir mit einem Justizminister Rechtsstaatlichkeit durchsetzen können, der das von Hilde Benjamin ausgearbeitete Gesinnungsjustizgesetzbuch auf den Weg gebracht hat? Unter anderem nach den Paragraphen dieses Gesetzbuches bin ich verurteilt worden wegen Zusammenrottung. Meinen Sie, daß so ein Justizminister geeignet ist, hier Rechtsstaatlichkeit durchzusetzen?

(Beifall vor allem bei SPD und Bündnis 90/Grüne)

Brochnow (CDU/DA):

Frau Abgeordnete! Ich denke, daß der Ministerpräsident hier eine Wahl getroffen hat, die ...

(Zuruf beim Bündnis 90/Grüne: Denken Sie doch mal selber!)